Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 3 — München, 15. Januar 1932 — 19. Jahrgang

Führung und Durchführung

Die außerordentliche schwere Lage, in der sich die jüdische Gemeinschaft in Deutschland befindet, verlangt Maßnahmen, die nicht nur von einzelnen Vereinen und Organisationen der deutschen Judenheit ergriffen werden, sondern deren Planung und Koordinierung von einer Stelle vorgenommen werden muß, die tatsächlich und auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die jüdische Gesamtheit repräsentiert. Die Situation der Judenheit in Deutschland ist vor allem in politischer Hinsicht infolge der allgemeinen Entwicklung schwer gefährdet. Man darf sich darüber nicht hinwegtäuschen, daß im Laufe der letzten Jahre nicht nur bei den ausgesprochen antisemitischen Parteien, sondern weit darüber hinaus auch in anderen politischen Lagern eine Wandlung in der Stellungnahme zur jüdischen Gemeinschaft erfolgt ist, welche für die Zukunft, und zwar leider für eine nahe Zukunft, eine schwere Beeinträchtigung der jüdischen Position im Staate befürchten läßt. Man muß nicht einmal von der Annahme ausgehen, daß das von den Nationalsozialisten angekündigte „Dritte Reich" bald Wirklichkeit wird. Auch wenn die Nationalsozialisten an irgendeiner Regierungsbildung im Reiche und in Preußen nur beteiligt sein sollten, oder ohne beteiligt zu sein, auf diese Regierungen Einfluß nehmen werden, kann sich die gesamte Verwaltungspraxis auch bei Beibehaltung der formalen Gleichberechtigung der Juden vor dem Gesetze in untragbarer Weise im Alltag gegen die Juden auswirken. Diese Gefährdung wird sich — und in einzelnen Ländern, in denen die Nationalsozialisten heute Einfluß haben, ist es schon jetzt der Fall — gegen die jüdische Gesamtheit richten. Es ist darum das Ergebnis primitivster Logik, wenn gefordert wird, daß die jüdische Gesamtheit als solche sich gegen derartige Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zur Wehr setzt.

Wer sich mit jüdischen Angelegenheiten mehr als oberflächlich beschäftigt, weiß, daß die größten Gefahren für die jüdische Gemeinschaft nicht so sehr von der politischen Seite kommen, als von der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Existenzbasis der Juden bedroht. Das wahre Judenproblem liegt jenseits von stärker oder schwächer werdenden antisemitischen Wellenschlägen und ist zum größten Teil eine innere jüdische Angelegenheit, sowie eine Begleiterscheinung des soziologischen Strukturwandels in der ganzen Welt. Darum muß sich jeder mit der jüdischen Historie vertrauter Beurteiler jüdischer Angelegenheiten sagen, daß formalpolitische Gegebenheiten letzten Endes doch nicht von jener entscheidenden Bedeutung für Bestand oder Untergang der jüdischen Gemeinschaft sind, wie unter dem Drucke der täglichen Vorkommnisse von mancher jüdischen Seite geglaubt wird. Aus diesem Grunde ist die ganze Ideologie, die sich unter dem Komplex Abwehr verbirgt, für den wahren Inhalt jüdischer, vorausschauender Tätigkeit eine Angelegenheit zweiten Ranges. Trotzdem kann diese nach unserer Auffassung prinzipiell zweitrangige Sache unter Umständen an die erste Stelle rücken und muß trotz aller Bedenken gegen Wesen und mögliche Formen dieser Abwehr mit besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden. In der gegenwärtigen Situation der deutschen Judenheit ist die politische Abwehrarbeit von eminenter Bedeutung. Aus diesem Grunde sind auch Kreise, die sonst der Abwehrbetriebsamkeit ferngestanden haben, im Augenblicke geneigt, ihre Mitwirkung diesem Zweige notwendiger gesamtjüdischer Leistungen zu leihen. Allerdings ist die Voraussetzung hierfür, daß die nun einmal unerläßlichen Abwehraktionen nicht irgendwie auf Grund einseitiger Ideologien unternommen werden, sondern von der jüdischen Gemeinschaft auf der Basis o b j e k t i v e r Gegebenheiten. Nicht mehr von Gesinnungen und innerpolitischen Stellungnahmen den Anspruch auf Menschenrechte und Gleichstellung abhängig machen, sondern von der Tatsache ausgehen, daß unabhängig von Ansichten und politischen Meinungen in bezug auf Haltung und Stellung in Kultur- und Gesinnungsfragen jedem in Deutschland lebenden Juden die Gleichberechtigung auch die Gleichstellung entsprechen wird, ist eine Frage, die weder durch Beteuerungen, noch durch Bekundung bestimmter Gesinnungen gelöst werden kann. Der Widerstand gegen die jüdische Gemeinschaft richtet sich gegen alle Juden, mögen diese sozialistisch, deutschnational oder liberal sein.

Es ist klar, daß die verschiedenen Richtungen im deutschen Judentum nicht darauf verzichten können und wollen, ihre besondere politische Ansicht oder ihre besondere Stellungnahme zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur zum Ausdruck bringen und entsprechend dieser Einstellung auch handeln zu wollen. Dies wird auch von keiner Seite irgendwie bekämpft werden dürfen. Was jedoch den entschiedensten Widerstand hervorrufen muß, ist, daß irgendeine einzelne Gruppe für sich den Anspruch erhebt, im Namen der jüdischen Gesamtheit zu reden. Die jüdische Gesamtheit darf keine subjektiven Argumente für ihren Anspruch auf Gleichberechtigung und Gleichstellung im Staate ins Feld führen. Sie muß sich auf rein objektive Gegebenheiten stützen. Darum ist es notwendig, daß die Gesamtvertretung der jüdischen Gemein-

schaft den Versuch macht, die Führung aller Aktionen, welche von einzelnen Richtungen im deutschen Judentum in der gegenwärtigen Zeit unternommen werden, zu ergreifen. Führung bedeutet nicht, daß alle notwendigen Arbeiten, notwendig im Sinne der einzelnen Richtungen im deutschen Judentum, von der Vertretung der Gesamtheit auch durchgeführt werden. Es gibt verschiedene Details innerhalb der Abwehrarbeit, die auf Grund von Tradition und Erfahrung von einzelnen Vereinen viel besser erledigt werden können als von der Vertretung der Gesamtheit. Es ist bekannt, daß einzelne jüdische Verbände zu bestimmten Parteien innerhalb des deutschen Volkes besondere Bindungen und Beziehungen haben. Hingegen ist es vollkommen abzuweisen, daß derartige Einzelvereine den Anspruch erheben, zu den zentralen Körperschaften des Staates im Namen der jüdischen Gesamtheit zu reden. Die Entwicklung in Deutschland kann es notwendig machen, daß mehr als einmal namens der Judenheit Schritte bei der Reichsregierung oder bei den einzelnen Staatsregierungen unternommen werden müssen. Diese Regierungsstellen sind die Vertretungen der deutschen Gesamtheit. Wenn man durch Intervention bei den zentralen Regierungsstellen irgend etwas durchsetzen will, so kann man sich einen eventuellen Erfolg viel eher versprechen, wenn diese Vorstellungen nicht von einem Einzelverein, sondern von den Vertretern der jüdischen Gesamtheit erhoben werden. Derartige Maßnahmen umfassen begrifflich das, was wir unter Führung bei der notwendigen Wahrnehmung jüdischer Interessen in der gegenwärtigen Lage verstehen. Es kann sich als geboten erweisen, daß abgesehen von Interventionen bei den Zentralstellen auch eine Fühlungnahme mit einzelnen politischen Parteien oder Einzelpersönlichkeiten erfolgen muß. Derartige Aktionen müssen nicht von der jüdischen Gesamtheit ausgehen. Sie können vom Central-Verein oder einer anderen jüdischen Organisation erfolgen. Es gibt zahlreiche Detailaufgaben im Komplex dieser Arbeiten, die von anderen jüdischen Vereinen besser geleistet zu werden vermögen, als sagen wir von den Vorständen der jüdischen Gemeinden, von den Landesverbänden oder von der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände. Darüber hinaus als Krönung und Zusammenfassung ist jedoch notwendig, daß die Gesamtheit der deutschen Juden durch ihre gewählten Vertretungen ihre Aktivlegitimation betätige, wenn es sich darum handelt, die Gesamtinteressen der Juden in einem bestimmten Zeitpunkte und für eine lebenswichtige Angelegenheit zu wahren.

Wir haben in der Woche des Weihnachts-Burgfriedens betont, daß die gewährte Atempause dazu ausgenützt werden muß, eine Koordinierung aller Abwehrarbeiten vorzunehmen. Diese Anregung lag sozusagen in der Luft. Tatsächlich sind u. a. von der größten jüdischen Gemeinde in Deutschland, von der Berliner Jüdischen Gemeinde, Schritte nach dieser Richtung unternommen worden. Wenn wir gut unterrichtet sind, soll in der nächsten Zeit auch eine Besprechung der Vertreter aller Landesverbände in dieser Hinsicht erfolgen. Hoffentlich werden diese Aktionen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, und wir werden dazu gelangen, daß in dieser Notzeit die deutsche Judenheit sich als Notgemeinschaft empfindet und im Wege ihrer Gesamtvertretung die Führung bei der Wahrnehmung aller jüdischen Angelegenheiten ergreift und alles veranlaßt, was in den einzelnen Phasen der Entwicklung sich als unumgänglich erweisen wird. l. s.

Julius Rosenwald gestorben

Neuyork, 6. Januar. (JTA.) Am Mittwoch, dem 6. Januar, abends, verstarb in seinem Heim in Chicago Herr Julius Rosenwald im Alter von 69 Jahren. Er galt als der reichste Jude der Gegenwart und als einer der größten jüdischen Philanthropen in der Geschichte.

Julius Rosenwald wurde am 12. August 1862 in Springfield, im Staate Illinois, geboren. Er kam in jungen Jahren nach Neuyork, wo er seine geschäftliche Laufbahn als Angestellter der großen Bekleidungsfirma Hammerslough Bros. begann. 1885 trat er in die Firma Sears Roebuck & Co. in Chicago, das größte Postversandgeschäft der Welt, ein und wurde 1910 deren Präsident.

Seit vielen Jahren betätigte sich Julius Rosenwald auf jüdischem und nichtjüdischem sozialen Gebiete. Das American Joint Distribution Committee unterstützte er seit dessen Bestehen. 1925 spendete er für den United Jewis Campaign des J. C. D. eine Million Dollar, 1928 gab er fünf Millionen Dollar für das vom Agorjoint geführte jüdische Kolonisationswerk in Rußland, das unter der Leitung von Dr. Joseph Rosen steht. Rosenwald wurde neben Felir M. Warburg Ehrenpräsident des Agrojoint. Er betätigte sich auch auf dem Gebiete des jüdischen Rechtsschutzes, gehörte unter Louis Marshall dem Vorstand des American Jewish Committee an und wurde nach Marshalls Tode Vizepräsident des Committees. Für den Louis-Marshall-Gedächtnisfonds des Jewish Theological Seminary of America spendete Rosenwald 500 000 Dollar.

Julius Rosenwald war einer der wenigen führenden Persönlichkeiten, die der durch Bemühungen von Louis Marshall und Felix M. Warburg geschaffenen erweiterten Jewish Agency nicht beitraten. Er vertrat die These, daß eine auf Subsidien basierte Einwanderung, wie die der Juden nach Palästina, nicht die erwünschten Früchte tragen können und daß den Juden dort geholfen werden muß, wo sie sind. Dabei erklärte er, daß seine Nichtbeteiligung an der Palästinabewegung keineswegs bedeuten solle, daß er ein Gegner des Zionismus ist. Als nach Erscheinen des Paßfield-Weißbuches die Erregung der amerikanischen Judenheit gegen die englische Politik in Palästina hoch ging, erschien Julius Rosenwald in der in Neuyork stattgefundenen großen Protestversammlung und hielt sogar von der Tribüne aus eine Ansprache, in der er erklärte, daß er sich mit der von der amerikanischen Judenheit in dieser Frage angenommenen Haltung identifiziere.

Von Rosenwalds Schenkungen für allgemeine philanthropische Zwecke sind besonders hervorzuheben: Zwei Millionen Dollar für die Universität von Chicago; eine Million Dollar für ein Chicagoer Museum für Industrie; eine Million Dollar für Hilfsarbeit in Osteuropa ohne Unterschied der Konfession; drei Millionen Dollar für Schulen in den Negerterritorien Nordamerikas, sowie unzählige kleinere und größere Beiträge für kulturelle, religiöse und soziale Zwecke in Amerika und in Europa.

Neuyork, 8. Januar. (JTA.) Über die Höhe des hinterlassenen Vermögens Julius Rosenwalds gehen die Meinungen auseinander; es wird auf 300 bis 600 Millionen Dollar geschätzt. Rosenwald hat zu seinen Lebzeiten rund 55 Millionen Dollar für charatative, religiöse und erzieherische Zwecke ausgegeben.

Das preußische Judengesetz

Berlin, 11. Januar. (JTA.) Der Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden trat am 10. Januar 1932 zu einer Vollsitzung zusammen. Der größte Teil der Verhandlungen betraf die Beratung über die beiden wichtigsten Gegenstände der Tagesordnung, nämlich den Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Juden und den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932/33. Da das Ministerium wiederholt den Wunsch ausgesprochen hat, den Entwurf sowie die Verhandlungen, welche sich an ihn geknüpft haben, vertraulich zu behandeln, so ist es nicht angängig, über den Verlauf der Aussprache im Rat der weiteren Öffentlichkeit nähere Mitteilungen zu machen. Nach sehr eingehender Beratung wurde der folgende Beschluß gefaßt:

„Der große Rat des Landesverbandes verlangt die Verabschiedung des Judengesetzes mit Einhaltung aller Grundsätze seines autonomen Entwurfs von 1928. Er verlangt, daß allein auf dieser Grundlage die Verhandlungen von seinen Vertretern geführt werden. Er weist seine Vertreter an, zu erklären, daß ein Entwurf die Zustimmung des preußischen Judentums nur finde, wenn die Beschlüsse des Landesverbandes berücksichtigt werden, und daß der Landesverband sich vorbehalte, andernfalls seine Forderungen vor dem Landtag zu vertreten."

Bei der Etatsberatung war die Versammlung vor eine schwere Aufgabe gestellt. Es galt, den Haushaltsplan des Verbandes den in dem Jahre 1932 zu erwartenden Schwierigkeiten äußerer und innerer Art anzupassen. Es erwies sich keineswegs als leicht, mit den in Anbetracht der Wirtschaftslage stark verminderten Einnahmen des Landesverbandes derart hauszuhalten, daß er in den Stand gesetzt wird, wenigstens seinen hauptsächlichsten Aufgaben in vertretbarem Maße gerecht zu werden. Die Einnahmen des Landesverbandes setzen sich einerseits aus den Beihilfen zusammen, welche der preußische Staat zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden für die Erhaltung des Religionsunterrichts, die Aufbesserung von Lehrergehältern und zur Errichtung von Bezirkslehrerstellen gewährt, andererseits aus den Umlagen, die der Landesverband von seinen Mitgliedsgemeinden erhebt. Da mit einer erheblich geringeren Zuwendung von Staatsbeihilfen zu rechnen ist als im Vorjahre, ergab sich die Notwendigkeit, die Beiträge derjenigen Gemeinden, welche noch als leistungsfähig angesehen werden könnten, zu erhöhen. Die allgemeine und von allen Gemeinden zu erhebende Umlage soll, wie bisher, auf vier Fünftel Prozent des Reichseinkommensteuersolls festgesetzt werden.

Aus der jüdischen Welt

Neue Richtlinien im Kampf gegen den Boykott

Wichtige Entscheidung des Oberlandesgerichts Augsburg

Berlin, 8. Januar. (JTA.) Die „Neue National-Zeitung" in Augsburg brachte an der Spitze ihres Anzeigenteils ein über die ganze Breite des Zeitungsblatts gehendes auffälliges Inserat in gesperrt gedruckten Lettern mit folgendem Inhalt:

„Parteigenossen und Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung, kauft nicht bei Juden! Unterstützt den deutschen Geschäftsmann in seinem schweren Ringen um seine Existenz! — Haltet Disziplin!"

Durch einstweilige Verfügung vom 25. Februar 1931 wurde der Zeitung die Wiederholung dieses Inserates vom Landgericht Augsburg unter Strafandrohung verboten, und das Gericht bestätigte diese einstweilige Verfügung durch Urteil vom 7. Mai 1931. Gegen das Urteil war von der Zeitung Berufung eingelegt worden. Diese ist jetzt auch vom Oberlandesgericht Augsburg durch Urteil vom 11. Dezember 1931 — II L 227/31 — zurückgewiesen worden. In der Begründung befaßt sich das Oberlandesgericht mit dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und untersucht gründlich die sozialrechtliche Stellung der deutschen Juden. Es wendet sich scharf gegen die von der nationalsozialistischen Presse und Partei gegen diese Stellung fortgesetzt unternommenen Angriffe und fährt dann fort:

„Die Inhaber und Leiter der antragstellenden Firmen sind unbestrittenermaßen deutsche Staatsangehörige. Nach Art. 109 der Reichsverfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetze gleich.... Das Deutschtum besteht nach der Reichsverfassung in der deutschen Staatsangehörigkeit — Art. 110 RV. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei steht aber, wie sie selbst zugibt, in einem grundsätzlichen Gegensatz zu diesen Verfassungsbestimmungen, indem sie von dem Begriffe des Deutschen in völkischer oder rassischer Beziehung ausgeht, wonach der Jude nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehört. Es mag nun sein, daß durch die Gegenüberstellung von Juden und Deutschen der sittliche Wert der Juden nicht angegriffen ist. Angegriffen ist hierdurch aber der soziale Wert, hier die Geltung der Juden in der Volksgemeinschaft. Ein solcher Angriff auf den sozialen Wert einer Person enthält eine Kränkung und kann unter Umständen auch den Tatbestand einer strafbaren Beleidigung bilden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Gegenüberstellung der Juden und der deutschen Geschäftsleute die Juden als eine Minderheit im deutschen Volk gekennzeichnet sind, die den übrigen Deutschen in der Verfassung zu Unrecht gleichgestellt ist. Es widerspricht nach Ansicht des Gerichts den guten Sitten, dem Anstandsgefühl aller recht und billig Denkenden, die Juden deutscher Staatsangehörigkeit, die als solche ihre Pflichten gegen den Staat wie alle anderen Staatsangehörigen zu erfüllen haben, durch eine derartige Behandlung zu kränken."

Noch drei Monate Helldorf-Prozeß

Berlin, 7. Januar. (JTA.) Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger teilt mit: „Der Prozeß gegen den nationalsozialistischen Berliner SA-Führer Graf Helldorf und Genossen wegen der Kurfürstendamm-Revolten am jüdischen Neujahrstag dürfte voraussichtlich drei Monate dauern. In der heutigen Verhandlung, in der die Vernehmung der mißhandelten Zeugen fortgesetzt wurde, verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß, daß in Zukunft nur noch an drei Tagen in der Woche verhandelt werden soll. Unter diesen Umständen kann man damit rechnen, daß erst nach einem Vierteljahr die Beweisaufnahme abgeschlossen sein dürfte."

Berlin, 5. Januar. (JTA.f Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" gibt ein Stimmungsbild vom Helldorf-Prozeß und teilt mit, daß die polizeilichen Zeugen, die jetzt vernommen werden, keinen leichten Stand haben. Sie machen ihre Aus-

sagen in einer ausgesprochen feindlichen Stimmung. Der Angeklagte Fedtke, bei dem ein feststehendes Messer gefunden wurde, machte dem einvernommenen Polizeiwachtmeister Vorhaltungen in einer Form, daß der Vorsitzende ihn zur Ordnung rufen mußte. Die übrigen Angeklagten machen durch mehr oder weniger lautes Murmeln und Zwischenrufe ihren Gefühlen Luft, ein Angeklagter erhöhte den allgemeinen Lärm durch Klopfen mit seinem Stiefel. Der Vorsitzende rügte das Verhalten und mahnte zur Ordnung. „Vorwärts" schließt: „Man kann sich nach all dem lebhaft vorstellen, wie es bei der Vernehmung der jüdischen Zeugen werden dürfte!"

Rabbiner Dr. Raphael Breuer (Aschaffenburg) plötzlich verstorben

Aschaffenburg, 11. Januar. (JTA.) Am Nachmittag des vergangenen Sabbat ist hier Distriktsrabbiner Dr. Raphael Breuer einem Herzschlag erlegen. Er erreichte ein Alter von nur 52 Jahren. Die Trauer in der Gemeinde Aschaffenburg und in den benachbarten Gemeinden um den Hingang des geistigen Führers ist außerordentlich groß. Der Trauerfeier am Montag in der Synagoge und der Beisetzung auf dem israelitischen Gemeindefriedhof wohnten außer allen Mitgliedern der Gemeinde Aschaffenburg auch zahlreiche Führer des orthodoxen Judentums von auswärts bei.

Dr. Raphael Breuer, ein Gelehrter und Prediger von Ruf, war ein Sohn des 1926 verstorbenen Rabbiners der israelitischen Religionsgesellschaft in Frankfurt a. M. Salomon Breuer und ein Enkel von Samson Raphael Hirsch, sowie ein Bruder des literarischen Vorkämpfers der separatistischen Orthodoxie Rechtsanwalt Isaak Breuer. Dr. Raphael Breuer übte 25 Jahre lang das Amt eines Distriktsrabbiners in Aschaffenburg aus. Bei der Besetzung des nach dem Heimgang seines Vaters verwaisten Rabbinatsamtes der Israelitischen Religionsgesllschaft in Frankfurt a. M. war er ein aussichtsreicher Kandidat, er zog aber, als sich eine Gegnerschaft gegen ihn bemerkbar machte, seine Kandidatur zurück.

Jubiläum des Kaiser Josefschen Toleranzpatentes in Österreich

Wien, 8. Januar. (JTA.) Das 150jährige Jubiläum des von Kaiser Josef II. eingeführten Toleranzpatentes, das die Rechtsverhältnisse der österreichischen Juden auf neue Grundlagen stellte, wurde in diesen Tagen auf einer von der „Union deutsch-österreichischer Juden" veranstalteten Festversammlung gefeiert. Der Feier wohnten auch führende nichtjüdische Persönlichkeiten der Wiener Gesellschaft bei, u. a. auch der Altbundespräsidnt Dr. Hainisch, sowie Vertreter mehrerer Ministerien und anderer Staatsbehörden, ebenso des Kehilah-Präsidiums.

Konzessionsentziehung für polnische Juden

Warschau, 5. Januar. (JTA.) Bekanntlich hat die polnische Regierung in den letzten Jahren sehr vielen Juden die von ihnen oft Jahrzehnte hindurch innegehabten Konzessionen zum Verkauf von Monopolwaren wie Spirituosen, Tabak usw. entzogen. Vor kurzem hieß es, daß der Prozeß der Konzessionsentziehung zum Abschluß gelangt ist und daß die jetzigen Konzessionsinhaber ihre Konzessionen behalten werden. Diese Mitteilung hat sich als irrig erwiesen. Anfang Januar 1932 haben 1300 jüdische Konzessionsinhaber die Mitteilung erhalten, daß sie ihre Konzession abzugeben haben. 700 Konzessionsinhaber gelang es, eine Prolongation bis 1. Juli 1932 zu erhalten, 600 mußten die Konzessionen sofort abgeben. Das Vorgehen des Finanzministeriums hat die in dieser kritischen Zeit täglich zunehmende Verelendung der jüdischen Bevölkerung, die nicht zuletzt auf den rücksichtslosen Steuerdruck zurückzuführen ist, noch um ein Bedeutendes gesteigert.

Daniel ben Joseph Lord Reading in das Goldene Buch des Jüdischen Nationalfonds eingetragen

Jerusalem, 3. Januar. (JTA.) Die Jewish Agency for Palestine veranstaltete im Hotel King David zu Jerusalem einen Empfang zu Ehren des gegenwärtig in Palästina weilenden früheren englischen Außenministers und ehemaligen Vizekönigs von Indien Lord Reading. Der Veranstaltung wohnten Führer der palästinensischen Judenheit in großer Zahl und auch mehrere Rabbiner bei. Auf Begrüßungsansprachen seitens der Führer des Jischuw erwiderte Lord Reading mit einer Ansprache, die er mit den Worten schloß: Mein Besuch in Palästina hat mich mit Begeisterung für das Land Israel erfüllt und in mir den Wunsch gestärkt, den Aufbau dieses Landes mit allen meinen Kräften zu fördern.

Die Anwesenden beschlossen, zur Erinnerung an ihr Zusammensein mit Lord Reading den Namen Readings in das Goldene Buch des Jüdischen Nationalfonds, und zwar in seiner hebräischen Form „Daniel ben Joseph" einzutragen.

Lord Reading empfing eine Abordnung der palästinensischen Organisation Agudas Jisroel. Die Mitglieder der Abordnung sprachen Lord Reading den Dank für sein für Erez Israel stets bekundetes Interesse aus.

Lord Reading, der in Jerusalem Gast des High Commissioner Sir Arthur Wauchope ist, besuchte mit dem High Commissioner und dem geschäftsführenden Direktor der Palestine Electric Corporation Pinchas Ruthenberg (Lord Reading ist bekanntlich Präsident der Corporation) die Tote-Meer-Werke. Die Gäste wurden am Toten Meer von den Inhabern der Konzession Ing. Novomeyski und Major Tulloch empfangen und durch den Betrieb geführt.

Eine 100 000-Dollar-Anleihe für Palästina wird in Amerika aufgebracht

Neuyork, 5. Januar. (JTA.) In einer Aussprache mit den Mitgliedern des Administrative Committee der Zionistischen Organisation Amerikas betonte der vor kurzem in Neuyork eingetroffene Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Nahum Sokolow, die dringende Notwendigkeit der Aufbringung einer Anleihe in Amerika für das Werk der Jewish Agency in Palästina. Die Gelder der Anleihe, sagte Sokolow, müssen sofort flüssig gemacht werden, da eine durch Geldmangel erzwungene Untätigkeit der Jewish Agency in Palästina die Position der Agency unhaltbar machen würde; besonders wür-

Zionisten, kauft und verbreitet den Schekel!

den die Beziehungen der Jewis Agency zur englischen Regierung und zu deren Administration in Palästina unter einer solchen Untätigkeit ernstlich leiden.

Das Mitglied der Zionistischen Exekutive Emanuel Neumann teilte mit, daß Verhandlungen zur sofortigen Aufbringung einer Anleihe in Höhe von 100 000 Dollar bereits eingeleitet worden sind.

Personalia

Herr Kaufmann **Bernhard Wadler**, Schwaigerstraße 4, feiert am 15. Januar seinen 75. Geburtstag. Herr Wadler ist als Wohltäter armer Leute hier in München bekannt.

Unsere Glückwünsche zu seinem freudigen Feste.

Geschäftliches

Geschäftliches. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Berlin, ersucht uns auf die von ihr ins Leben gerufene Selbsthilfeorganisation FS, Familienschutz, Gemeinnütziger Verein für Hinterbliebenenfürsorge der Mitglieder jüdischer Gemeinden e. V., aufmerksam zu machen. Dem Gedanken eines wirksamen Schutzes für den jüdischen Mittelstand entsprechend, bezweckt diese Einrichtung, die jüdische Familie durch Klein-Lebensversicherung ihrer Mitglieder auf gemeinnütziger Grundlage vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Es erübrigt sich zu sagen, welche Bedeutung dieser Bestrebung gerade in unserer Zeit zukommt. Die rasche Einführung in allen Städten, in denen bisher der „Familienschutz" propagiert wurde, beweist seine Zeitgemäßheit und Notwendigkeit. Einzelheiten sind in dem Inserat in der heutigen Nummer zu entnehmen.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Sitzung der Körperschaften des Verbandes

Am Sonntag, dem 10. Januar 1932, traten Rat, Finanzausschuß und Ständiger Ausschuß der Tagung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden unter dem Vorsitz des Oberstlandesgerichtsrats Dr. Neumeyer (München) zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, in der der Haushaltsplan 1932 beraten und der Umlagensatz für das neue Geschäftsjahr wie bisher auf 3 Prozent der Reichs- und Landessteuern festgesetzt wurde. Gegenüber dem Etat 1931, der mit 612 161.88 R.M. abschloß, wurden auf die Berichterstattung des Verbandsschatzmeisters, Kommerzienrat Rosenzweig (Nürnberg), hin für das Jahr 1932 Ausgaben und Einnahmen mit 427 733.35 RM. ausgeglichen. Hierbei wurde mit einer Mindereinnahme von etwa 50 000 RM. gegenüber den Ausgaben gerechnet, die durch Entnahme aus dem Landeswohlfahrtsfonds des Verbandes Deckung findet.

Die Leistungen für Beamtenbesoldung wurden von 283 481.39 RM. auf 210 000 RM. herabgesetzt. Für die sozialen und kulturellen Ausgaben, über die Justizrat Dr. Elias Straus (München) Bericht erstattete, wurden 97 900 RM. in Aussicht genommen, während im Jahre 1931 für diese Zwecke 156 562.72 RM. zur Verfügung gestellt worden waren.

Entsprechend der dritten Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern über die Gehaltskürzung und die Ausgleichsabgabe vom 17. Dezember 1931 (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 295/1931) wurden die Bezüge der Beamten und Angestellten des Verbandes ab 1. Februar 1932 neuerlich gekürzt und die Gemeinden und Bezirke veranlaßt, in gleicher Weise zu verfahren. Die Zuschüsse des Verbandes werden diesen Kürzungen angepaßt. Die Kürzungen treten am 31. Januar 1934 wieder außer Kraft.

Um die wirtschaftliche Lage des Verbandes zu erleichtern, wurden weiterhin eingreifende Änderungen hinsichtlich der Zuschußleistungen an die Gemeinden und Rabbinatsbezirke vorgenommen.

Die Sitzung war die letzte des gegenwärtigen Wahlabschnittes. Die Körperschaften des Verbandes werden im Frühjahr neu gewählt werden.

Einschreibung für die jüdische Volksschule

Die Zahl der in die 1. Klasse eingeschriebenen Kinder beträgt 24. Die Gesamtschülerzahl 132.

München. Am 17. Januar d. J., 17 Uhr, findet in der Synagoge an der Herzog-Rudolf-Straße, ein

„Wohltätigkeitskonzert"

statt. Das Konzert, zu dem Herr Professor H. Sagerer seine freundliche Mitwirkung liebenswürdigerweise zugesagt hat, wird nach einem allgemeinen einen liturgischen Teil mit selten gesungenen synagogalen Kompositionen zu Gehör bringen. Die Leitung hat Herr Kapellmeister Josef Ziegler. Es wirken mit: Frau S. Ziegler (Sopran), die Herren Kantoren A. Müller und M. Neu und Herr Kammermusiker B. Walter (Violine).

Reservierte Plätze (im Mittelschiff) zu RM. 1.— in der Kanzlei der Israelitischen Kultusgemeinde oder beim Eingang. Sonst Eintritt frei. Programmabgabe gegen freiwillige Spenden.

Das gesamte Erträgnis wird der allgemeinen städtischen Winterhilfe zugeführt.

Jüdischer Gesangverein e. V., München

Einladung (gemäß § 16 der Satzungen) zur ordentlichen Generalversammlung am Dienstag, dem 2. Februar, abends 8 Uhr im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht; 2. Entlastung der Vorstandschaft; 3. Neuwahl der Vorstandschaft; 4. Anträge und Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 26. Januar beim Schriftführer, Herrn Josef Silbermann, Anglerstraße 28, schriftlich eingereicht werden.

Der Vorstand: Bettsack.

Jungzionistischer Arbeitskreis, München

Montag, den 18. Januar, abends 8.30 Uhr, findet im Bibliotheksaal, Herzog-Max-Straße 7/I, ein Vortrag von Herrn Dr. M. J. Gutmann „Zum jüdischen Rassenproblem" mit anschließender Aussprache statt. Herr Dr. Gutmann ist durch seine wissenschaftliche und literarische Tätigkeit auf diesem Gebiet zur Behandlung dieses interessanten Themas besonders berufen.

Die Frage der jüdischen Rasse erschöpft sich für uns nicht in der Verteidigung gegen die Vorwürfe der antisemitischen „Wissenschaft"; sie ist vielmehr für uns ein Teil unserer Bemühungen, über das Wesen unseres Judentums und über unser Verhältnis zur Umwelt Klarheit zu gewinnen.

Um zahlreiche und rege Teilnahme an der Diskussion wird gebeten.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München

Samstag, den 16. Januar, abends 8.30 Uhr, spricht im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Herr Rabbiner Dr. Ernst Ehrentreu über „Die zerstreuten Glieder des jüdischen Volkes". Wir laden hierzu alle unsere Mitglieder und Freunde sowie sonstige Interessenten herzlichst ein. In diesem Vortrage wird der Herr Referent jene weniger bekannten jüdischen Siedelungen der Welt behandeln, die außerhalb der großen Zentren liegen. Um pünktliches Erscheinen wird besonders gebeten.

Programm des V. J. St. Jordania

Samstag, den 16. Januar, 14 Uhr: Kaffee Hag.

Montag, den 18. Januar, 20.30 Uhr: Jungzionistischer Arbeitskreis.

Mittwoch, den 20. Januar, 20.30 Uhr: Burschenkurs, anschließend B. C.

Donnerstag, den 21. Januar, 20.30 Uhr: Vortrag des Herrn Direktor Scheid vom russ. Reisebüro „Intourist": „Lösung der Judenfrage in der Sowjetunion", im Saale der „Concordia", Prannerstraße 4.

Samstag, den 23. Januar, 14 Uhr: Kaffee Hag.

Jüdischer Turn- und Sportverein „Bar Kochba", München, Jugendabteilung

Der Bar Kochba hat wieder unter erheblichen Opfern die früher so beliebten Knaben-Turnnachmittage eingeführt. Für Knaben und Schüler im Alter von 7 Jahren (1. Volksschulklasse) bis 15 Jahren finden

jeden Mittwoch von 5—7 Uhr

im Turnsaal der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße, Turnen, Gymnastik und Spiele unter der bewährten Leitung des Turnlehrers Breit statt. Der Beitrag beträgt monatlich 50 Pfennig. Schwarze Turnhose, weißes Turnhemd und Turnschuhe sind erforderlich.

Anmeldungen werden am Turnboden entgegengenommen. Erstmalig findet das Turnen am Mittwoch, dem 13. Januar, statt.

Kommt alle in den Bar Kochba!

Jüdischer Jugendverein München

Am Donnerstag, dem 21. Januar 1932, Beginn 20.30 Uhr, spricht im Saale der „Concordia" im Rahmen unserer Veranstaltungen Herr Richard Scheid, Direktor des offiz. Russ. Reisebüros „Intourist", über das zeitgemäße Thema: „Die Lösung der Judenfrage in der Sowjet-Union". Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß weite Kreise unserer Gemeinde ein Interesse daran haben, einmal eine authentische Darlegung dieser wichtigen Gegenwartsfrage zu hören. Wir machen darauf aufmerksam, daß ein Eintrittsgeld nicht erhoben wird und uns Gäste, wie immer, herzlichst willkommen sind!

Schekelaktion 5692

Nächste Woche beginnt die Schekelaktion, die von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt wird. Alle Zionisten sollen für sich und ihre Familienangehörigen den Schekel entrichten, aber zugleich ist es ihre Aufgabe, unserer Bewegung auch neue Anhänger zuzuführen. Jeder Zionist ist dafür verantwortlich, daß das Ergebnis der diesjährigen Aktion von der organisatorischen Größe und der Kraft der zionistischen Bewegung beredtes Zeugnis ablegt.

Keren Kajemeth Lejisrael, Nürnberg

Am Donnerstag, dem 7. Januar, abends 9 Uhr, hatte der Keren Kajemeth Lejisrael einen Bunten Abend mit Kabarett, Tanz und Tombola veranstaltet.

Über 500 Damen und Herren waren dem Rufe gefolgt, eine bunte Fülle drängte in den Sälen des Künstlerhauses und tanzte zu den Klängen der ausgezeichneten Kapelle Radoschinski.

Die Künstler des Kabaretts, die Damen Reizenberger, Seemann und Wenzel und die Herren Bernett, Feilchenfeld, Grünbaum, Kaufmann, Kritz Lazer und Österreicher gaben ihr Bestes, das Büffet bot einen leckeren Anblick und die Tombola enthielt die schönsten Gewinne.

Alles in allem eine sehr gelungene Veranstaltung, die auch dem Keren Kajemeth einen schönen Reingewinn brachte.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 13 vom 5. bis 12. Januar 1931

Spendenbuch: Pinkus Wiesenfeld und Frau Ida anl. der Bar-Mizwah ihres Sohnes Ephraim; dieselben danken allen Freunden und Bekannten herzlichst für die erwiesenen Aufmerksamkeiten RM. 5.—.

Albert und Berta Brunner s. A. Garten: Herr und Frau Dr. Josef Schäler danken für die erwiesene Teilnahme, 1 Baum 6.—.

Richard Fraenkel s. A. Garten: Henny und Albert Kupfer auf den Namen von Josef Zwi Feuchtwanger, 1 Baum 6.—.

Allgemeine Spenden: Familie Norbert Sturm gratulieren Herrn und Frau Wiesenfeld herzlich zur Bar-Mizwah ihres Sohnes und Familie Schapira zur Verlobung ihrer Tochter 2.—; H. B. 1.05.

Imi-Tasche: Dr. A. Percikowitsch 1.13.

Material: M. Simann: 1 NF-Telegramm 1.—.

Büchsen: Büchse der hebräischen Sprachkurse 1.28; Ch. Both 2.80; Dr. F. Bilsky 2.—; J. Goldmann 1.—; Dr. M. Keins 2.— = 9.08.

Zusammen RM. 31.26.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 RM. 2339.54.

Telegrammformulare des Jüdischen Nationalfonds sind jetzt auch in der Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2, zum Preise von RM. 1.— erhältlich.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 10. Januar 1932

Spendenbuch: Herr und Frau Adolf Baer anläßlich der Verlobung ihrer Tochter 20.—; Herr und Frau S. Neumark anläßlich des Hinscheidens ihrer Schwester und Schwägerin 10.—; Herr und Frau Sigmund Hamburger anläßlich ihrer Vermählung 5.—.

Allgemeine Spenden: Überschuß vom Bunten Abend vom 7. Januar 1932 856.25; Frau Kommerzienrat Louis Sämann 5.—.

Bäume für J. Bamberger Garten: Dr. J. Bamberger und Frau danken für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich der Vermählung ihrer Kinder, 1 Baum 6.—.

Wertzeichen: Frau Blücher 1 Telegr. 0.50.

Imi-Tasche: Dr. Kurt Dankwerth 4.96.

Zusammen RM. 907.71.

Seit 1. Oktober aufgebracht RM. 2573.97.

ANNA SCHÄCHTER
HERMANN MENDLER

Verlobte

FRANKFURT AM MAIN
Thomasiusstraße 11

MÜNCHEN
Erhardstr. 28



1932 Wochenkalender 5692

	Jan.	Schebath	Bemerkungen
Sonntag	17	9	
Montag	18	10	
Dienstag	19	11	
Mittwoch	20	12	
Donnerst.	21	13	
Freitag	22	14	
Samstag	23	15	בשלח שבת שירה חמשה עשר הפטרה ודבורה אשה נביאה (Richt. 4,4—24. 5,1—31)

JUNGZIONISTISCHER ARBEITSKREIS
München

Montag, den 18. Januar 1932, abends 8³⁰ Uhr.
im Bibliothek-Saal, Herzog-Max-Straße 7/I

Vortrag von Herrn
Dr. M. J. Gutmann
„Zum Jüdischen Rassenproblem"

mit anschließender Diskussion!

Interessenten sind herzlichst eingeladen

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pinzgauerstraße 64, München.